

friedliebenden, demokratischen, unabhängigen deutschen Staates.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat als erste Regierung auf das Ersuchen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geantwortet. Die friedliebenden Kräfte in Deutschland sind hocherfreut darüber, daß die Sowjetregierung ausdrücklich erklärt, daß sie die Auffassung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die sie in ihrem Schreiben dargelegt hat, teilt. Die Regierung der DDR hatte bekanntlich in ihrem Schreiben gesagt:

„Die alliierten Mächte haben in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz dem deutschen Volke einen Friedensvertrag und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zugesichert und ihm die Möglichkeit gezeigt, in Zukunft einen würdigen Platz in der Familie der friedliebenden Völker der Welt einzunehmen.

Das deutsche Volk ist sich seiner Schuld aus dem Hitlerkriege voll bewußt; es glaubt jedoch nicht, daß es gerecht behandelt wird.“

Im Schreiben der Regierung der DDR wurde weiter hervorgehoben, daß das deutsche Volk von dem Willen nach Frieden durchdrungen ist, daß es in friedlicher Verbundenheit mit den Völkern der Welt leben und durch den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft die Verbesserung seiner Lebensverhältnisse erreichen will.

Die Regierung der UdSSR erklärt, daß sie ebenfalls der Meinung ist, daß sich Deutschland in einer unnormalen Lage befindet, da es fast sieben Jahre nach Beendigung des Krieges noch keinen Friedensvertrag hat.

Die Regierung der UdSSR bringt zum Ausdruck, daß sie für unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ist, in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen und unter Teilnahme Deutschlands. Durch diese Erklärung wird die Auffassung westdeutscher Politiker widerlegt, die daran zweifelten, daß Deutschland an den Beratungen über einen Friedensvertrag teilnehmen könne. Die Sowjetregierung hält das für selbstverständlich.

Während gewisse westliche Politiker von der Zusammenarbeit einer Minderheit westeuropäischer Mächte sprechen und das „Europa-Union“ nennen, wobei sie aggressive Ziele verfolgen, ist die Sowjetunion für eine wirkliche Festigung des Friedens in Europa durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Die Antwort der Sowjetregierung stellt klar die enge Verbundenheit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates.

Nachdem die Antwort der Sowjetregierung vorliegt, erwartet das deutsche Volk eine klare Stellungnahme der Bonner Regierung und der Abgeordneten des Bonner Bundesparlaments, denn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hatte bekanntlich ihr Schreiben an die vier Großmächte zugleich an die Bonner Regierung gesandt, mit dem Ersuchen, diesen den Wünschen und Interessen des deutschen Volkes entsprechenden Vorschlägen beizutreten.

Die Adenauer-Regierung und der Bundestag haben bisher alle unsere Vorschläge abgelehnt und sich auch gegen die Entsendung von Vertretern zu einer gemeinsamen Beratung ausgesprochen. Sie haben damit zum Ausdruck gebracht, daß sie Gegner der Einheit und Gegner gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung sind. Das zeigt eindeutig die Ablehnung des Vorschlages der Volkskammer, je fünf Vertreter Ost- und Westdeutschlands zu bestimmen zur Vereinbarung eines Wahlgesetzentwurfes. Es ist jetzt ganz offenkundig, daß die Adenauer-Regierung nur deshalb beschlossen hat, die UN zu ersuchen, durch die Vertreter Brasiliens, Pakistans, Islands und Hollands die Möglichkeit von Wahlen in Deutschland prüfen zu lassen, weil sie die Frage der gesamtdeutschen Wahlen im Sande verlaufen lassen will. Die Prüfung der Möglich-

keit gesamtdeutscher Wahlen durch die Vertreter der genannten Staaten, worunter ein Staat ist, in dem bisher überhaupt nur einmal Wahlen durchgeführt worden sind, wird nach Meinungen in Bonn mindestens ein Jahr dauern. Eine Frist also, in der Westdeutschland aufgerüstet sein soll. Die Bonner Regierung ist so USA-hörig, daß sie nicht einmal imstande ist, ein eigenes Wahlgesetz auszuarbeiten, sondern nur Grundsätze für die Wahl. Die Adenauer-Regierung ist der Meinung, daß ein Wahlgesetz nicht durch deutsche Organe, sondern durch die Großmächte erlassen werden soll. Tiefer kann wohl die nationale Würdelosigkeit nicht gehen.

Einige Zeitungen westdeutscher Regierungsparteien haben ihre Meinung dahin geäußert, daß sie den Abschluß eines Friedensvertrages ohne Wiederherstellung der Einheit nicht für möglich halten. So entsteht also folgender magischer Kreis: Diese westdeutschen Politiker sind gegen die sofortige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, wollen aber einen Generalvertrag, den sie als Ersatz eines Friedensvertrages bezeichnen. Andererseits sind sie gegen einen Friedensvertrag, weil die Einheit Deutschlands noch nicht wiederhergestellt sei. Es ist offenkundig, daß eine solche Stellungnahme bedeutet, daß die Führer der westdeutschen Regierungsparteien sowohl gegen die Einheit Deutschlands als auch gegen den Friedensvertrag sind.

Der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche Fragen erklärte, daß freie gesamtdeutsche Wahlen unter dem Protektorat der UN die Voraussetzung für jedwede Behandlung der Frage des Friedensvertrages für Deutschland seien. Dazu ist folgendes zu sagen: Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fordert einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland. Der Abschluß eines solchen Vertrages setzt die Vereinigung Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung voraus. Daraus ergibt sich, daß die beschleunigte Ausarbeitung eines Friedensvertrages die Beseitigung der Spaltung Deutschlands und die rascheste Durchführung freier Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung fördert. Die Behauptung von Vertretern Bonn, daß gesamtdeutsche Wahlen die Voraussetzung für jedwede Behandlung der Frage des Friedensvertrages seien, ist falsch. Beide Fragen sind eng miteinander verbunden. Man muß die Ausarbeitung und Vereinbarung eines Friedensvertrages beschleunigen und zugleich alles tun, um die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

### Das Wiedererstehen des deutschen Militarismus in Westdeutschland

Vor acht Monaten, auf seiner 6. Tagung, hatte das Zentralkomitee unserer Partei zum Wiedererstehen des deutschen Militarismus und Imperialismus Stellung genommen und der Arbeiterschaft wie dem ganzen deutschen Volke die Gefahren vor Augen geführt, die durch das Wiedererstehen des deutschen Militarismus vor dem deutschen Volk heraufbeschwohren werden. Schneller als manche glaubten, hat sich alles, was wir damals sagten, vollinhaltlich bestätigt.

In Westdeutschland reift eine Krise heran. Diese wird durch die Adenauer-Regierung hervorgerufen, die entgegen dem Friedenssehnen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und im Widerspruch zu den Interessen der Nation offen den Wiederaufbau der deutschen Militärmacht proklamiert und den Weg für eine neue Militärdiktatur bereitet. Gestützt auf ein kleines Häuflein monopolistischer Kriegsinteressenten und hitlerischer Generale begehrt die Adenauer-Regierung Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes, indem sie durch die Geheim Vereinbarungen über den Generalkriegsvertrag und die Zusatzabkommen dem amerikanischen Imperialismus deutsches Land als Basis des Kriegsaufmarsches und deutsche Truppen als Söldnertruppen anbietet und indem sie dafür eintritt, daß die Okkupation Westdeutschlands auf unbeschränkte Zeit verlängert wird. Statt der friedlichen Vereinigung West- und Ostdeutschlands will Adenauer den Krieg.